

**Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-01-17 18:17****Energie/Atom/Umwelt/****(Zusammenfassung 1815)****Glos und SPD streiten über Atomkraft - Disput über Energiepreise**

Berlin (dpa) - Zur Abwehr von Energieversorgungs-Risiken besteht Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) gegen den Widerstand der SPD auf einem langfristigen Einsatz der Atomenergie. Auch die Stein- und Braunkohle blieben in einem breiten Energiemix auf absehbare Zeit nötig, kündigte Glos am Dienstag in Berlin bei einem vom «Handelsblatt» organisierten Energie-Kongress an. Während die SPD Glos davor warnte, «das Koalitionsklima zu belasten», forderten die großen Energiekonzerne den Minister auf, seine Vorstellungen zur Atomenergie beim Koalitionspartner durchzusetzen. Statt Entwarnungen bei Strom- und Gaspreisen stellten die Energieriesen eher ein weiterhin hohes Preisniveau in Aussicht. Das wurde von der übrigen Industrie moniert. Zugleich kam es zu einem Disput über die Marktmacht der «Großen».

«Das globale Energie-Szenario hat sich in den letzten Jahren deutlich zugespitzt», erklärte Glos in Anspielung auf weltweite Nachfragesteigerungen. Spätestens auf dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) für Anfang April geplanten Energiegipfel will er die von den Konzernen kritisierte Förderung Erneuerbarer Energien von der Wind- bis zur Sonnenkraft auf den Prüfstand stellen. Konkrete Ergebnisse dieser Konferenz zur energiepolitischen Zukunft, an der neben der Energiewirtschaft auch Gewerkschaften teilnehmen sollten, seien eher erst im Jahr 2008 zu erwarten. Die Energiefirmen forderte er auf: «Ich möchte von den Unternehmen belastbare Zusagen, welche Investitionen in hocheffiziente, fossil befeuerte Kraftwerke und Netze denn nun tatsächlich realisiert werden.» Der Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, sagte der dpa: «Glos kommt nicht an der SPD vorbei.» Nötig sei nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Förderbedingungen für «Erneuerbare».

Glos und Energiekonzerne begründeten das Festhalten an der Atomkraft vor allem mit mehr Versorgungssicherheit und tendenziellen Entlastungen bei den Strompreisen. «Wenn wir aus der Kernenergie aussteigen, müssten die restlichen 80 Prozent Strom durch die fossilen Energieträger Gas, Stein- und Braunkohle erzeugt werden», so der Minister. 20 Prozent kämen dann aus Erneuerbaren Energien.

«Es wird nicht leicht sein, den heutigen Anteil der Kernkraft an der deutschen Stromerzeugung von ca. 30 Prozent zu ersetzen», sagte auch der Vorstandsvorsitzende des Stromriesen Vattenfall Europe AG, Klaus Rauscher. Verlängerte Laufzeiten der Atomkraftwerke brächten nach Angaben aus den großen Energiekonzernen für die Stromverbraucher «preisdämpfende Effekte». Da es in der Koalition bisher keine Einigung über eine solche Verlängerung gebe, sollte man die Möglichkeiten der Umverteilung von Reststrommengen von neuen auf alte Kraftwerke ins Auge fassen. Rauscher bekannte sich zu mehr Wettbewerb am Energiemarkt, forderte aber ausreichende Gewinne und warnte davor,

«in der Öffentlichkeit den Traum von sinkenden Energiepreisen zu nähren». Er bezog sich auf weltweite Nachfragesteigerungen, aber auch notwendige Erträge zur Modernisierung von Kraftwerksanlagen.

Die Möglichkeit der Strommengenverteilung auf alte Anlagen, die die SPD ablehnt, sah auch Glos im Einklang mit dem Koalitionsvertrag. Andernfalls müsste sich der Anteil des Gases an der Stromerzeugung im Hinblick auf die Klimaschutzziele deutlich erhöhen. «Mit Blick auf die Gasturbulenzen frage ich mich wirklich, ob eine solche Entwicklung tragfähig ist», sagte der Minister in kritischer Anspielung auch auf den Gaslieferstreit zwischen Russland und der Ukraine. Öffentliche Erklärungen, die Uranvorräte reichten langfristig nicht aus, seien «tendenziös und gesteuert». Vertreter der Wirtschaft warnten vor zusätzlicher Abhängigkeit von Gasimporten.

Der Präsident des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft, Michael Feist, rechtfertigte die hohen Gaspreise: «Wir sind nicht in der Lage, uns preislich von den Weltmärkten abzukoppeln und dabei die hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten.»

Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur erläuterten ihre Pläne bei der Bekämpfung von Marktmacht der großen Energiekonzerne. Agenturchef Matthias Kurth kündigte an, er wolle erste Prüfungsergebnisse der Strompreisprüfung voraussichtlich Ende Januar vorlegen.

dpa wb/hc yydd pi  
171816 Jan 06